

Zwischen Pragmatismus und Prinzipientreue

Gedanken nach den Parlaments- und vor den Bundesratswahlen.

*Vortrag, gehalten von Gerhard Schwarz
an den Bad Ragazer Verwaltungsratstagen
am 28. November 2015.*

avenir
reprint
01/2016

Gerhard Schwarz

avenir reprint
versammelt Vorträge,
Buchbeiträge und in
externen Publikationen
erschienene Texte
unseres Teams.

Zusammenfassung

An den Bad Ragazer Verwaltungsratstagen 2015, kurz nach den eidgenössischen Parlaments- und vor den Bundesratswahlen, umriss Gerhard Schwarz, Direktor von Avenir Suisse, die Herausforderungen, vor denen die Politiker stehen. Angesichts drängender Probleme in «interessanten» – also schwierigen – Zeiten forderte er von der Politik eine Fokussierung auf Sachthemen wie die Frage nach der Positionierung der Schweiz in der Welt, nach ihrer Identität und nach ihrer strategischen Ausrichtung. Besonders in den Bereichen «Tradition und Innovation», «Sicherheit und Risiko» sowie «Identität und Offenheit» erwarte er Lösungen, die auf besonnener Liberalität beruhen. Dafür brauche es jedoch ebenso den Mut zum Realismus wie den Mut, dem Zeitgeist nicht blindlings zu folgen. Es gelte, sich endlich auf die grossen Fragen zu konzentrieren und das Hickhack beiseite zu lassen. Die Politik müsse einen unternehmerischen Geist entwickeln: mehr zulassen statt zu verhindern, mehr Optimismus statt Kümmeris, mehr Fortschritt statt Bewahrung.

Zwischen Pragmatismus und Prinzipientreue

Gedanken nach den Parlaments- und vor den Bundesratswahlen

Von Gerhard Schwarz

Meine Damen und Herren,

1. Interessante Zeiten

Wir leben wahrlich in interessanten Zeiten. Und wenn man in interessanten Zeiten wie diesen lebt, versteht man ein wenig, warum die Chinesen Menschen, denen sie Schlechtes wünschen, eben diesen Wunsch entgegenschleudern: Mögest Du in interessanten Zeiten leben. Da war die Bankenkrise, die sich zur Finanzkrise und zur Wirtschaftskrise, der grössten seit der grossen Depression, ausweitete, da war in deren Gefolge die Griechenland- und die Eurokrise, wobei das Imperfekt natürlich nicht richtig ist. Beide sind immer noch da und längst nicht überwunden. Aber diese Krisen sind ein wenig in den Hintergrund gedrängt worden, zunächst von der neuen Völkerwanderung, die sich, dessen sollten wir uns bewusst sein, keineswegs nur auf den Nahen Osten beschränken wird - ganz Schwarzafrika liegt vor unserer Haustür – und dann vom menschenverachtenden Terrorismus islamistischer Fanatiker, der diesen Monat nicht zum ersten und leider wohl kaum zum letzten Mal in Paris und dann in Mali seine Fratze zeigte. Und gleichzeitig schwelen die Umweltprobleme und -gefährdungen, denen die einen mit einem Ausstieg aus der Kernenergie, andere mit einer drastischen Senkung des CO₂-Ausstosses und wieder andere mit einer 2000-Watt-Gesellschaft beikommen möchten. All diese Krisen und Gefährdungen, fast jede für sich ein Jahrhundertgeschehen, haben die letzten sieben oder acht Jahre geprägt. Eine solche Häufung von höchst unterschiedlichen negativen Trends ist aussergewöhnlich.

2. Parteipolitisches Hick-Hack

Und mitten drin in diesen Megatrends die kleine Schweiz, gespalten zwischen jenen, die sie klein- und schlechtreden, die angesichts der Grösse der Herausforderungen das Heil nur noch in Anpassung an den Zeitgeist und Integration in ein grösseres Ganzes sehen, und jenen, die in trotziger Verblendung meinen, die Schweiz könne sich allem entziehen sie sei nicht nur de jure, sondern auch de facto völlig souverän und lebe in einer Welt, in der weder die Macht diktiert - noch die Realität. Diese Spaltung verhindert seit langem, dass die Schweiz mutig ihre Zukunft gestaltet. Es wird über weite Strecken reagiert, man verliert sich in Details und man verwendet vor allem viel zu viel Energien auf das parteipolitische Hickhack. Man bedenke etwa, wie nun seit Wochen in den Medien zuerst die Frage gewälzt wurde, ob Eveline Widmer-Schlumpf zurücktreten solle oder nicht, dann, ob sie zurücktreten

1

werde oder nicht, dann, ob die SVP diesen Sitz im Bundesrat bekommen solle oder nicht, ob sie ihn bekommen werde oder nicht, wer Kandidat sein werde, wer gewählt werden solle und wer gewählt werde etc. etc. Nicht, dass dies völlig unwichtig wäre, aber es nimmt einen völlig überproportionalen Stellenwert in der politischen Landschaft ein gegenüber den Sachthemen, gegenüber der Frage, wie sich die Schweiz positionieren soll, gegenüber der Frage nach ihrer Identität und nach ihrem Selbstverständnis, gegenüber der Frage nach strategischen Ausrichtungen und Weichenstellungen.

Lassen sie mich gewissermassen in Klammern noch anmerken, dass ich das Gerede vom grossen Rechtsrutsch in der Schweiz, wie es nicht zuletzt – aber keineswegs nur – ausländische Medien portiert haben – eben für ein Gerede halte. SVP und FDP haben 2015 kaum mehr Sitze im Parlament errungen als 2007, sondern haben nur den Einbruch von 2011 wieder wettgemacht und leicht überkompensiert, und ja, sie haben zusammen mit einigen Splitterparteien eine knappe Mehrheit im Nationalrat, aber der Ständerat ist von der parteipolitischen Zusammensetzung her höchstens minim nach rechts gerutscht. Alles in allem ist das nicht welt-, ja nicht einmal Schweiz-bewegend. Gewiss, etwas Hoffnung besteht, dass einige Dummheiten weniger passieren, aber es bleiben vorerst Hoffnungen. Am ehesten kann ich mir vorstellen, dass es im Bundesrat zu einer Verschiebung kommt. Dort kam es in der Vergangenheit in vielen Sachfragen zu einem Stimmverhältnis von 5:2. Wenn es dank Zuwahl eines neuen SVP-Bundesrates öfter zu einem Stimmverhältnis von 4:3 käme, würde die Verantwortung jener bürgerlichen Bundesratsmitglieder deutlich, die in der derzeitigen Konstellation nach dem Motto «Es ändert ja doch nichts» zu oft im Strom der estatistischen Mehrheit mitschwammen.

3. Besonnene Liberalität

Ich stehe – ausser bei einigen besonders radikalliberalen Freunden – wohl kaum im Verdacht, Wischi-Waschi-Positionen zu vertreten. Doch trotz aller liberalen Konsequenz vertrete ich seit langem die Ansicht, dass die Schweiz aus dem Geist der Konkordanz, des Kompromisses zwischen Positionen – nicht des Kompromisses als Position (Karl Schmid) - ihre Kraft, ihren Erfolg, ihre Stabilität bezogen hat. Wir sollten uns gerade nun, in diesen interessanten Zeiten und nach den Wahlen, auf die Bedeutung dieses Erfolgsfaktors besinnen. Die Frage von Hans Tschäni¹, wie ein Kleinstaat in einer unsicheren Welt, von deren Schicksal er auf Gedeih und Verderb abhängt, am klügsten lebt, ist heute so berechtigt wie damals, auch wenn sich die Zeitläufte geändert haben.

Für mich gehört zur Klugheit der Kompromiss. Ich rede hier keineswegs einer billigen Einmütigkeit das Wort, sondern meine, dass diese Kompromisse eine deutlich liberale Handschrift tragen sollten, weil dieses Land seinen Aufstieg vom Armenhaus zur beneideten Insel des Wohlstands einer überdurchschnittlich liberalen Ordnung verdankt und weil die

¹ Tschäni, Hans (1972): Die Diktatur des Patriotismus. Basel: Pharos.

Mehrheit dieses Landes, wie man an unzähligen Abstimmungen ablesen kann, eine ausgeprägte ökonomische Besonnenheit an den Tag legt. Eine solche besonnene Liberalität wünschte ich mir in mindestens drei Dimensionen.

3.1 Tradition und Innovation

Die Zukunft jedes Landes baut auf der Vergangenheit auf. Traditionen sind oft geronnene Erfahrung, sind Ausdruck von Bewährung. In der Schweiz kommt dazu, dass es zwar auch in ihrer Geschichte Schatten gibt, denen man sich stellen muss, dass diese aber nicht dergestalt sind, dass man am liebsten mehr als ein Jahrzehnt aus den Geschichtsbüchern streichen würde. Da liegt eine zu sehr verklärende Sicht der Vergangenheit etwas näher als dort, wo Holocaust, Kriege, Kolonialkriege, National-Sozialismus und Faschismus die nationale Geschichte mehr als nur trüben. Doch der Blick zurück, der durchaus berechtigte Stolz darauf, dass sich dieses Land - auch mit Schlaumeierei - aus den schlimmsten Wirren der Geschichte des 20. Jahrhunderts heraushalten konnte, darf die Weiterentwicklung nicht bremsen oder gar verhindern². Die Schweiz sollte zu einem Land der mutigen Innovationen und Reformen werden, und gerade ihre Erfolgsfaktoren stärken.

- Sie sollte die Direkte Demokratie weiterentwickeln, sie durch höhere Hürden dem Wachstum der Bevölkerung und durch E-Voting der technischen Entwicklung anpassen.
- Sie sollte den Wettbewerb der Kantone durch ein permanentes Benchmarking in allen möglichen Bereichen fördern und durch eine klarere Aufgabenteilung stärken.
- Sie sollte den Milizgedanken revitalisieren, bis hin zu einem Bürgerdienst für alle, und strukturell alles unternehmen, um die Professionalisierung der Politik und den Ausbau der staatlichen Verwaltung zu bremsen. («Die Schweiz lebt von der aktiven Mitarbeit der Bürger in Gemeinde, Kanton und Bund. Erlahmt diese, dann erlischt auch ein Staatswesen wie die Schweiz»³).
- Sie sollte die duale Bildung, etwa durch neue Berufsbilder und neue Lerninhalte, für die Lehrlinge attraktiver, für die Arbeitgeber aufgabengerechter und für den Arbeitsmarkt flexibler machen.
- Sie sollte keine Angst davor haben, den öffentlichen Verkehr durch neue Tarifierungsmodelle wie Peak-Load-Pricing und den privaten Verkehr durch Mobility Pricing für die Zukunft fit zu machen.
- Sie sollte vom blossen Patentanmeldungs-Weltmeister zum Umsetzungs-Weltmeister werden und nicht durch eine fortschrittsfeindliche Stimmung und Gesetzgebung die Umsetzung verhindern.

² Rom, Pierre (2004): Die Schweiz – ein Sonderfall? Selbstverlag des Verfassers.

³ Widmer, Paul (2008): Die Schweiz als Sonderfall. Macht der Sonderfall Schweiz im Zeitalter der Globalisierung noch Sinn? Vortrag im Liberalen Institut.

3.2 Sicherheit und Risiko

Die Schweiz ist ein sicherheitsliebendes Land. Sie hat aus dem Streben nach Sicherheit ein Geschäftsmodell gemacht. Die Assekuranz gehört zu den Pfeilern der Schweizer Wirtschaft. Gemessen an den Versicherungsprämien pro Kopf ist die Schweiz ein geradezu extrem sicherheitsorientiertes Land. Auch der ausgebauten Wohlfahrtsstaat gehört zu dieser Sicherheitsorientierung. Er schützt die Bevölkerung gegen die Fährnisse des Lebens, wird aber angesichts der steigenden Lebenserwartung und der Entwicklung an den Kapitalmärkten je länger je mehr unfinanzierbar. In der Altersvorsorge und im Gesundheitswesen beträgt die implizite Verschuldung schon heute je gegen 200% des Bruttoinlandsprodukts. Und schliesslich äussert sich unser Sicherheitsstreben in einem Hang zur perfektionistischen Überregulierung von allem und jedem.

Vieles davon ist gut und recht und in einem gewissen Ausmass auch richtig und sinnvoll. Gerade das Wissen darum, dass es ein Netz gibt, das einem vor einem Totalabsturz schützt, erlaubt es beispielsweise, Risiken einzugehen. Aber wir sollten nicht vergessen, dass sich nicht alles im Leben absichern lässt, dass etwa die Regulierungen meistens die Probleme von gestern lösen, hingegen selten bis nie die Probleme von morgen, vor allem aber, dass das Eingehen von Risiken die Grundlage von Wachstum, Wohlstand und Fortschritt war und weiterhin ist. Für reiche und satte Gesellschaften wie die Schweiz gilt: Das grösste Risiko ist die Risikoaversion⁴.

Die Schweiz sollte alles tun, um zu einem Unternehmerland zu werden, zu einem Land, in dem nicht alles mit einem lähmenden Regulierungsteppich überzogen ist und in dem sich Leistung und Innovation lohnen. Dafür bräuchte es nicht allzu viel:

- Es bräuchte einen beherzten Abbau der Regulierung, d.h. ein Durchforsten aller bestehenden Regulierungen, und das Einführen von Sunset- und one-in, one-out-Bestimmungen für einen Grossteil der Gesetze und Verordnungen.
- Es bräuchte eine Ausrichtung der Sozialpolitik an wenigen Grundsätzen: Obligatorien nur für eine minimale Sicherung; Subjekthilfe statt Objekthilfe; Konzentration auf die wirklich Bedürftigen; Absage an einen weiteren Ausbau.
- Es bräuchte eine Vereinfachung der Steuerpolitik durch weniger Steuerarten, weniger Ausnahmen, weniger Abzüge sowie die Option der Individualbesteuerung, was eine Ausweitung der Steuerbasis brächte und eine Senkung der Steuersätze erlaubte.

⁴ Schwarz, Gerhard (2012): On the dangers of risk aversion. 42nd St. Gallen Symposium.

3.3 Identität und Offenheit

Jede Gemeinschaft, jedes Land entwickelt Identität und sucht nach Identität. Die nationale Identität schliesst nicht aus, sich gleichzeitig auch als Teil eines grösseren Ganzen, als Teil Europas, zu fühlen. Es ist fast immer ein Gemisch aus gemeinsamer Geschichte, Sprache, Kultur, oft auch Religion und jedenfalls einem Wertekanon, das diese Identität ausmacht. Kaum irgendwo prägen ferner so ausgeprägt politische Institutionen sui generis das Selbstverständnis wie in der Schweiz: der Bürger als Souverän, als letzter Verfassungsgeber, als über der Regierung und über der Verwaltung stehende letzte Instanz. Daran ist nichts auszusetzen und es macht verständlich, weswegen die Schweiz immer wieder die Abgrenzung sucht.

Der Titel dieser Tagung «Stösst die Grenzenlosigkeit an Grenzen?» erinnert jedoch noch an etwas anderes. Die Schweiz ist Opfer ihres eigenen Erfolgs, sie ist so attraktiv, dass sie Zuwanderer sonder Zahl anzieht und sie ist so dynamisch unterwegs, dass sie ihr Wachstum niemals aus eigener Kraft, nur mit der heimischen Wohnbevölkerung, stemmen könnte: Fast 30% der Wohnbevölkerung der Schweiz sind im Ausland geboren, so viele wie sonst nirgends in Europa, wenn man von Sonderfällen wie Luxemburg und den baltischen Staaten absieht, und täglich strömen zudem fast 300'000 Grenzgänger ins Land, selbst in absoluten Zahlen mehr als in irgendein anderes Land in Europa. Etwa ein Viertel aller europäischen Grenzgänger arbeiten in der Schweiz. Nun kommen noch die Flüchtlingsströme dazu, die uns noch lange begleiten werden.

Da wäre es eigentlich unabdingbar, dass sich Bundesrat, Parlament und Volk auf eine Strategie festlegen, wie die Schweiz von morgen aussehen soll, ob es eine Zehn-Millionen-Schweiz sein soll, wie sich die Bevölkerung zusammensetzen soll und was das für Konsequenzen etwa für Raumplanung und Verkehr, aber auch für Integration und Identität hat. Doch dazu hört man nichts, man wurstelt letztlich vor sich hin.

Ohne dieses Vorsichhinwursteln wäre es nicht zum knappen Ja zur Masseneinwanderungsinitiative vom 9. Februar 2014 gekommen, das nun die Bilateralen zu gefährden droht. Auch hier sollte es, so würde man meinen, nicht so schwierig sein, zu einem vernünftigen modus vivendi zu kommen, innenpolitisch wie aussenpolitisch. Die Sachlage ist klar: Die bilateralen Pakete I und II sind eine massgeschneiderte Lösung, die im Interesse beider Vertragspartner liegt. Keiner hat da dem anderen etwas geschenkt, von Rosinenpicken kann hüben wie drüben nicht die Rede sein. Die Bilateralen lösen nicht alles, sie sind nicht für alle Branchen gleich wichtig und da und dort gibt es Wünsche nach weitergehenden Verbesserungen. Aber diese Pakete, die sich heute sicher nicht mehr so schnüren liessen, zu gefährden, liegt nicht im Interesse der Schweiz. Zugleich sollte man jedoch auch aufhören, die vertraglichen Beziehungen mit der EU ständig weiterentwickeln zu wollen. So existenziell, wie das oft dargestellt wird, sind weitere Verträge und ein neuer institutioneller Rahmen auch wieder nicht. Halten des Status quo und gleichzeitig Stärkung

der weltweiten Vernetzung der Schweizer Wirtschaft sowohl auf der Ebene der Unternehmen als auch auf der politischen Ebene, etwa durch Freihandelsabkommen, scheint eine vernünftige Strategie.

Zu den Erfolgsfaktoren der Schweiz gehört auch ihre Offenheit. Der Blick in die Wirtschaftsgeschichte macht deutlich, wie viele bis heute erfolgreiche Unternehmen einst von Ausländern gegründet wurden. Auch in der Kultur- und Wissenschaftsgeschichte gründet schweizerischer Erfolg wesentlich auf Menschen, die aus dem Ausland kommend in der Schweiz ihre Heimat gefunden haben. Zahlreiche Nobelpreisträger, etwa Hermann Hesse oder Albert Einstein, werden der Schweiz zugerechnet, obwohl sie im Ausland geboren sind. Das sollte man nie vergessen. Allerdings sollte man auch nie vergessen, dass es nie in der Geschichte eine unkontrollierte Zuwanderung gab, auch nicht aus den Nachbarländern oder aus ganz Europa, und dass von den Zuwanderern eine hohe Anpassungs- und Integrationsleistung erwartet wurde.

4. Mut zum Unbequemem

Für eine Politik, die sich wenigstens ansatzweise in diese Richtung bewegt, braucht es Politiker (und Menschen in ihrem Umfeld) mit Ecken und Kanten, nicht ungehobelte Polteri, aber Politiker, die eine Strategie haben und den Mut, für diese Strategie zu kämpfen, und die auch keine Angst davor haben, sich unbeliebt zu machen. Wir brauchen keine Politiker, die uns erklären was alles politisch nicht machbar ist, sondern solche, die das Nötige politisch machbar machen.

Von solchen Politikern wünschte ich mir vor allem zwei Dinge:

- *Mut zum Realismus*: Wer rechnen kann – und diese Fähigkeit erwarte ich von Politikern – kennt die demographischen Realitäten und weiss, wie es um die längerfristige Sicherung unserer Sozialwerke steht. Aber niemand wagt es, beherzte Reformen zu fordern und dann auch anzupacken. Die Reform 2020 ist keine solche beherzte Reform. Und was für die Sozialwerke gilt, trifft auch auf viele andere Bereiche der Politik zu. «Voraussetzung für die Überwindung von Schwierigkeiten ist die Bereitschaft, die Dinge zu sehen, wie sie sind», hat Fritz Trechsel⁵ einmal geschrieben. Und Jean-François Revel⁶ hat schon 1986 klar formuliert: «Die Demokratie neigt dazu, Bedrohungen zu unterschätzen oder nicht wahrhaben zu wollen, weil es ihr widerstrebt, die notwendigen Gegenmassnahmen zu ergreifen. Sie erwacht erst, wenn die Gefahr tödlich, unmittelbar bevorstehend und jedermann einleuchtend wird». Das passt auf die äusseren Bedrohungen, die er damals im Visier hatte (und die wir jetzt in Form des Terrorismus erleben), es passt aber auch auf die ökonomischen Herausforderungen.

⁵ Trechsel, Fritz (1987): Der Westen hat noch eine Chance. Bern und Stuttgart: Haupt.

⁶ Revel, Jean-François (1986): So enden die Demokratien. München: Piper.

- *Mut, dem Zeitgeist nicht blindlings zu folgen:* Wir haben zu viele Politiker, die mit dem Zeitgeist schwimmen und auf jeden Hype aufspringen. Man kann es ihnen insofern nicht verargen, als sie ja gewählt werden wollen und daher auf das Volk hören müssen. Aber ich verarge es ihnen dennoch, weil sie damit ihre Verantwortung nicht wahrnehmen. Die «Energiewende» nach Fukushima war so ein Beispiel, mit ihrem de-facto-Technologieverbot und ihrem Einstieg in eine Subventionswirtschaft, die die Landwirtschaftspolitik einmal als Waisenmädchen erscheinen lassen wird. Dabei müsste man ja die Leichtwasserreaktoren tatsächlich aus dem Verkehr ziehen, aber man sollte beispielsweise den Umstieg von Uran auf Thorium nicht verpassen und nicht verbauen. Es gibt daneben viele andere zeitgeistige Verirrungen, der Glaube, eine Gesellschaft ohne Wachstum sei möglich, ohne dass dies zu Wohlstandseinbussen führe, die Verwechslung von gleichmässiger Einkommens- und Vermögensverteilung mit Gerechtigkeit, die Vorstellung, man könne fast unbegrenzt Flüchtlinge aufnehmen, ohne die gesellschaftliche Stabilität und die Wohlfahrt zu gefährden, die politische Selbstüberschätzung der Schweiz, die Unterschätzung der verheerenden Langzeit-Folgen billigen Geldes. Vielleicht sollte man auch die generell oft sehr merkwürdigen Vorstellungen über die Steuerbarkeit von Wirtschaft und Gesellschaft dazu zählen, die unter rechten wie linken Konservativen sehr verbreitet sind.

5. Schluss

Georg Kohler stellte 1998 als Herausgeber des gleichnamigen Buches die Frage «Scheitert die Schweiz?». Und Eric Dreifuss stellte dazu präzise die Anschlussfrage: «Genügt es aber, nicht zu scheitern? Sie müsste, möchte man meinen, wieder gelingen.»⁷ Das wäre auch mein Wunsch, aber er wird nur in Erfüllung gehen, wenn wir uns endlich auf die grossen Fragen konzentrieren und den Hickhack beiseite lassen. Und wenn wir auch in der Politik einen unternehmerischen Geist entwickeln, nicht im Sinne des Machbarkeitsglaubens, sondern im Sinne einer positiven Grundhaltung: mehr zulassen, statt verhindern, mehr Optimismus statt Kümmernis, mehr Fortschritt als Bewahrung.

⁷ Kohler, Georg (1998): Scheitert die Schweiz? Zürich: Küng.

